

Zusätzlich beantwortete Fragen zu den fachlichen Inputs zum Thema „Demokratiebildung in Kita, Hort und Ganztag – Wie gelingt Sie auch in Krisenzeiten?“

Input 1: Kurt Edler

1. *Welche Rolle und Verantwortung haben Kita und Schule bei der Demokratiebildung von Kindern - insbesondere vor dem Hintergrund aktueller Phänomene (Rassismus, Corona-Verschwörungsmythen, „Demokratieverdrossenheit“)? Was würden Sie somit konkret für eine konsequente Umsetzung der Demokratiebildung in beiden Institutionen empfehlen?*

Kinder müssen vor politischer Verführung geschützt werden. Sie lernen sich selbst davor zu schützen, indem sie eine Resilienz gegen gefährliche Narrative und deren Erzähler*innen aufbauen. Deren Methoden müssen deshalb selbst zum Gegenstand von Erziehung und politischem Unterricht werden. Dabei kommt es auch darauf an, über politisch instrumentalisierbare Emotionen wie Angst, Ekel, Abscheu, Rachsucht und Hass zu reden. Sowohl in der Kita als auch in der Schule geht es daher um eine niedrigschwellige Sensibilisierung für Versuche der Einflussnahme durch menschenrechts- und demokratiefeindlich Agierende und Strömungen.

2. *Wie kommen wir zu demokratischen Standards in Ausbildung und Studium der pädagogischen Mitarbeiter*innen?*

Deutschland braucht eine demokratische Grundausbildung aller pädagogischen Kräfte unabhängig von ihrer fachlichen Spezialisierung. Ziel dieser Grundausbildung muss die Grundrechtsklarheit sein, d.h. die Fähigkeit, die demokratische Verfassung und ihr Werteverständnis überzeugend vermitteln und auch verteidigen zu können. Ein Teil dieser Fähigkeit ist die Präventionskompetenz gegenüber allen Formen von Extremismus und Hasspolitik.

3. *Ich finde es schade, dass der Fokus vor allem auf die Gefahr durch Islamismus gelegt wurde. Hanau, Halle, NSU? Was sagen Sie zu den Gefahren von rechts?*

Dieser Einwand ist berechtigt. Auch der Bundesinnenminister sagt, dass vom Rechtsextremismus und –terrorismus mittlerweile die größte Gefahr ausgeht. Hatte die AfD in den vergangenen Jahren das neonazistische Spektrum noch teilweise an sich gebunden und die NPD in den Schatten gestellt, so ist inzwischen eher der gegenläufige Trend zu beobachten. Über Social Media organisiert sich nicht nur ein neuer Rechtsextremismus, sondern auch – so stark wie seit den Zeiten der „Wehrsportgruppe Hoffmann“ nicht mehr – ein gewaltbereiter Rechtsterrorismus. Um diesen erfolgreich bekämpfen zu können, braucht der Staat gut funktionierende Sicherheitsorgane und die demokratische Gesellschaft mutige und wachsame Bürger*innen.

Input 2: Prof. Dr. Daniela Steenkamp

1. *Das stimmt absolut, Frau Steenkamp! Es geht meist um Macht. Und gerade Schule ist ein Ort, an dem sehr viel Machtungleichheit herrscht. Haben Sie Ideen wie diese adultistischen Muster aufgebrochen/aufgelöst werden können?*

Zunächst: es muss ein klares und auch regelmäßiges „Ja“ zu kindlicher Partizipation geben. Das ist eine Frage der Haltung. Wenn ich hier als einzelne Fachkraft, Leitung oder auch als Kollegium sensibilisiert bin, verändert das meine komplette Arbeitsweise. Ich fange an, in so einem Prozess alles - ob Strukturen mit Blick auf die Gestaltung des Schullebens oder Inhalte hier mit Blick auf die Bildungsprozesse - zur Diskussion zu stellen.

Der zweite Punkt ist gezielte Kreativität und Partizipation miteinander zu verknüpfen. Ob ein Bar Camp, eine Wir entscheiden –Woche oder ein Tag der Ideen...ich fände es sinnvoll, punktuell mit Kindern an einem Ideenspeicher zu arbeiten, in den alles an Ideen hineinkommt, was Kinder wichtig finden und an Ideen haben. Dann muss aber auch die Erfahrung der Umsetzung erfolgen, sonst ist die Motivation schnell weg. Ideen werden dann gemeinsam mit Kindern priorisiert, abgestimmt und umgesetzt. Ich bin in diesem Zusammenhang auch für die Nutzung von digitalen Beteiligungsplattformen.

Und zur Planung bzw. Steuerung, auch hier sind Kinder noch zu wenig sichtbar: Wenn ich beispielsweise als Schulleiter*in das Ziel der inklusiven Schule habe, müssen in der Planungsgruppe auch Kinder beteiligt werden.

2. *Wie gewinnen Kinder nicht-deutscher Herkunft an Mitsprache-Chancen? Vor allem in Hinblick auf Sprachbarrieren des Umfeldes? Wie kann trotz sprachlicher Hürden der ganzheitliche Zugang zur demokratischen Mitbestimmung erhalten bleiben?*

Dahinter steckt die sehr breit angelegte Frage, wie sprachliche Hürden kurz, mittel – und langfristig abgebaut werden können. Mit Blick auf Partizipation: Alle Kinder, unabhängig von Diversitätsmerkmalen oder Zuschreibungen, haben das gleiche Recht auf Partizipation. Also muss ich Kommunikationswege finden, die das ermöglichen. Zustimmung oder Ablehnung lässt sich gegebenenfalls auch über Symbole herstellen/ verstehen, komplexe Diskussionen müssten auch mehrsprachig vermittelt/ übersetzt werden. Ich kann mich an ein Projekt erinnern, in dem Kinder aufmalen sollten, wie sie sich ihren Schulhof wünschen. Die Bilder waren sehr aussagekräftig, ohne einen einzigen Buchstaben zu enthalten. Auch hier ist Kreativität gefragt.

3. *Kindern stehen nicht alle bürgerl. Rechte offen. Wie sehen Sie ein Wahlrecht von Geburt an im Hinblick auf die Demokratiebildung? Ganz nach dem Motto: Wie sollen Kinder Demokratie lernen, wenn sie an der staatl. Demokratie nicht teilhaben dürfen?*

Ich bin für ein Wahlrecht für Kinder von Anfang an, weil sie und damit auch ihre Themen im politischen System ein größeres Gewicht bekommen würden. Wie das dann konkret ausgestaltet wird - beispielsweise in dem bis zum Erreichen eines bestimmten Mindestalter (z.B. dem Eintritt in die Grundschule) eine Stellvertreter*innenregelung umgesetzt wird, ist eine sehr komplexe, vor allem auch juristische Frage. Wenn ich aber so argumentiere, dass Kinder ein größeres Gewicht im politischen System bekommen sollen, dann muss ich auch konsequent danach fragen, inwiefern sie beispielsweise in Parteien oder auch Vereinen stärker sichtbar

werden. Demnach müssen sich also die Parteien und zivilgesellschaftliche Institutionen Formate überlegen, Kinder ernsthaft zu beteiligen. Da ist aus meiner Wahrnehmung bislang noch viel Schaufensterpolitik und kein aktiver Wille erkennbar, kindliche Interessen ernsthaft zu erfragen und dann auch zu vertreten. Würde das Wahlrecht massiv abgesenkt werden, würde dies die Parteien hier unter einen positiven Handlungsdruck setzen.

Input 4: Prof. Dr. Kathrin Aghamiri

1. Ist die Alltagspartizipation nicht viel wichtiger in Kitas etc. (vgl. Prengel) als die "großen" Methoden (Kiko, Abstimmung) - also Kinder im Alltag auf unterschiedliche Weise partizipieren zu lassen durch Dialog/Wertschätzung?

Die Frage ist als geschlossene Frage kaum zu beantworten, denn beide Formen sind nicht als Alternativen zueinander zu verstehen. Wir wissen aus größeren und kleineren Untersuchungen (z.B. Richter/Lehmann/Sturzenhecker 2017; Knauer/Sturzenhecker 2021 i.E.), dass Kinder im Alltag mehr Vorschläge machen, sich beschweren, widersprechen und sich einmischen, wenn sie eine Vorstellung darüber entwickeln können und konnten, welche Mit- und Selbstbestimmungsrechte sie in der Kita tatsächlich haben. Das Wissen um die eigene Berechtigung wiederum wird im Erleben in den Gremien und der Vermittlung und Aneignung der Kita-Verfassung transportiert. Dort werden Rechte zum einen thematisiert und zum anderen in Vorschlägen, Fragen und Projekten konkret. Das bekommen nicht nur die Kinder mit, die in den Gremien aktiv sind, sondern über die Alltagspraxis auch alle anderen, auf die diese Rechte wirken. Selbstverständlich ist das ohne eine dialogische Haltung und eine wertschätzende, respektvolle Erziehung im Alltagsgeschehen nicht möglich. Wenn es diese nicht gibt, bleiben auch Rechte nur hohles Konzeptwerk. Gremien sollten daher nicht um ihrer selbst willen bestehen. ABER: Wenn es keine Gremien und keine verbindlichen Rechte gibt, bleibt die Alltagskommunikation auch immer willkürlich und ist von den persönlichen Fähigkeiten der Erwachsenen abhängig. Kinder können sich nicht beschweren, ihre Wahrnehmung von Ungerechtigkeiten z.B. bleiben ohne konstitutionelle Rahmung immer individuell. Im Grunde ist die „Alltagspartizipation“ für uns Erwachsene sehr viel „billiger“, weil wir – um es einmal zugespitzt zu sagen – einfach weiter „nett“ sein können, wenn es uns passt und direktiv, wenn es uns nicht passt. Die „großen Methoden“ vermitteln den Kindern eine Möglichkeit, sich als Träger*innen von Rechten zu vergewissern. Um mit einem Zitat von Janusz Korczak abzuschließen: „Ich habe mich im Verlaufe eines halben Jahres fünfmal dem Gericht gestellt ... Ich behaupte mit aller Entschiedenheit, dass diese wenigen Fälle Grundstein meiner eigenen Erziehung zu einem neuen ‚konstitutionellen‘ Pädagogen waren, der den Kindern kein Unrecht tut, nicht weil er sie gern hat oder liebt, sondern weil eine Institution vorhanden ist, die sie gegen Rechtlosigkeit, Willkür und Despotismus des Erziehers schützt.“

2. Wie kann man mit nicht-demokratischen Tendenzen beispielsweise bei Eltern umgehen? Wie mit der Kritik im Hinblick auf eine „strukturelle Demokratisierung“?

Die Erziehung in der Familie hat andere ethische und normative Grundlagen. Sie ist vor allem durch die besondere emotionale Beziehung bestimmt. Alle Familien haben eine eigene und auch eine eigensinnige Kultur. Und wenn das Kindeswohl nicht gefährdet ist, dürfen und sollen sie diese auch leben und entwickeln. Öffentliche Einrichtungen der Erziehung und Bildung in einem demokratischen Gemeinwesen, wie Kita und Schule, haben darüber hinaus aber einen beschriebenen Auftrag zur Demokratiebildung. Sie können sich gar nicht aussuchen, ob sie sich demokratisch entwickeln wollen. Wenn Eltern hier ihre individuellen Vorstellungen durchdrücken wollen, geht das nicht, denn es würde dem Auftrag zuwider laufen. Sicherlich lohnt es dennoch, sich die Vorstellungen der Eltern erklären zu lassen und mit ihnen ins Gespräch zu gehen.

Kinder können sehr gut unterscheiden, dass verschiedene Orte auch verschiedene Regeln haben. Sie eignen sich Demokratie also auch in der Kita an, wenn Eltern das anders sehen.

Wichtig ist es aber, den Ort Kita als demokratische Institution zu vertreten, zu gestalten und zu behaupten.

3. Danke für die interessanten Ausführungen, Frau Aghamiri. Mich interessiert auch die Frage des Beschwerdemanagements, weniger aus konzeptioneller Sicht, als mehr aus der Praxis. Wie sehen WIRKLICH wirksame Beschwerdeverfahren in Kita aus?

Kinder lernen sich zu beschweren, indem sie sich beschweren. Wirklich wirksam ist es daher, kritische, wütende oder zurückgezogene Äußerungen von Kindern (auch) als mögliche Beschwerde zu verstehen und ernst zu nehmen. „Du bist blöd!“ mag uns zunächst selbst verärgern, aber es kann auch eine Beschwerde sein, die „ausgepackt“ werden muss. Was steckt dahinter? Worüber ärgert sich das Kind? Auf welches Interesse oder Bedürfnis weist es hin? Beschwerden sollten alltäglich sein und der Konflikt Ablass für eine lebendige gemeinsame Gestaltung des Einrichtungslebens.